

HIMMEL & ELBE

Hamburger Abendblatt

Eine Beilage des Hamburger Abendblatts, der Evangelisch-Lutherischen Kirche, der Katholischen Kirche und der Caritas in Hamburg

Demokratie leben



Miriam Hansen

Editorial

Liebe Leserinnen,
liebe Leser



Sabine Tesche

Ich habe vor längerer Zeit einmal den Versuch gestartet, in rechten Foren auf Facebook mitzudiskutieren. Bei Fake News, rassistischen oder verfassungsfeindlichen Äußerungen habe ich ein Gegenargument oder richtige Quellen geliefert. Das war zeitaufwendig, aber vor allem sehr frustrierend und schließlich beängstigend, denn ich bin mit so vielen Hasskommentaren überzogen worden, dass ich mein Engagement aufgegeben habe.

Dennoch ist es meines Erachtens wichtig, extremistische Kommentare – egal ob von links oder rechts – nicht einfach hinzunehmen, besonders wenn sie in einer Diskussionsrunde ausgesprochen werden. Ich finde es persönlich wichtig, Menschen, die zum Beispiel die AfD wählen, zu Wort kommen zu lassen, ihnen Räume dafür zu bieten, dann zuzuhören und gegebenenfalls nachzuhaken, woher sie ihre Informationen haben. Ich halte nichts davon, Menschen mit anderen Meinungen auszugrenzen.

Eine ähnliche Haltung hat auch die Hamburger Theologieprofessorin Kristin Merle, die im Interview in diesem Magazin kritisiert, dass es zu wenig Formate und Formen innerhalb der Kirchengemeinden gebe, um mit unterschiedlichen politischen Positionen umzugehen. „Dabei geht es nicht darum, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen, sondern im Austausch zu sein. Das heißt, eine klare Positionierung haben, für die Demokratie eintreten – und gleichzeitig das Gespräch weiterzuführen“, sagt sie.

Wie sieht es überhaupt aus mit den Kirchen und der Demokratie in diesen Institutionen? Da gibt es durchaus Vorbilder, wenn man sich anschaut, wie Kirchengemeinderäte bei den Katholiken und Protestanten Inhalte mitbestimmen. Aber auch höhere Gremien wie die EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) sind basisdemokratisch ausgelegt und stimmen gemeinschaftlich z. B. über Kirchengesetze ab. Geradezu herausragend ist die Arbeit der Gesamtschülervertretung der katholischen Schulen in Hamburg, die durch ein neues Schulgesetz noch mehr Mitspracherechte erhalten hat und diese auch nutzt.

Wir Journalisten müssen ja leider auch sonntags arbeiten, denn Sie möchten ja am Montag eine Zeitung in der Hand halten – aber eigentlich ist das für die meisten Menschen ein Ruhetag – und sollte es auch bleiben nach der Meinung unseres Autors Pastor Julian Sengelmann.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihre Sabine Tesche

Inhalt

- Seite 3** Ein Essay über das Christentum und die Demokratie. Außerdem: Wie funktioniert Gemeindearbeit?
- Seite 4** Drei Beispiele, die zeigen, wie kirchliche Akteure demokratisch zusammenarbeiten.
- Seite 5** Interview mit der Theologieprofessorin Kristin Merle über Eskapismus und Radikalisierung, und was Kirche tun kann.
- Seite 6** Querbeet durch die Kirchenlandschaft und eine Kolumne von Pastorin Susanne Richter über Fitness-Franziskus.
- Seite 7** Begegnung mit der Hamburger Schulsenatorin Ksenija Bekeris, die früher in der Michel-Kita gearbeitet hat.
- Seite 8** Im Glaubens-ABC geht es darum, wie die Kirchen den Sonntag als Ruhetag durchsetzen konnten.

Impressum

„Himmel & Elbe“ ist eine Beilage des Hamburger Abendblatts, der Evangelisch-Lutherischen Kirche, der Katholischen Kirche und der Caritas in Hamburg.

Redaktion
Verantwortlich: Sabine Tesche
Mitarbeit: Liv Sachisthal, Remmer Koch
Theologischer Beirat: Hauptpastor und Propst Dr. Martin Vetter
Gestaltung: Sandra Teuscher
Redaktion: 040/55 44-71157;
E-Mail: sabine.tesche@funkemedien.de
 www.abendblatt.de/kirchen

Rituale für Menschen, die sonst keinen Ort in der Kirche finden

Niedrigschwellig, offen und nah an der Lebensrealität entwickelt die Ritualagentur st.moment hamburg passende Formen der Begleitung.

Lale Raun

Wir wussten gar nicht, dass das geht.“ Das ist wohl der Satz, den Meike Barnahl und Lydia Pusunc am häufigsten zu hören bekommen. Freundschaften segnen lassen, interreligiös heiraten, die Distanz von Fernbeziehungen für einen Moment lang überbrücken. Über Rituale – oder wie Barnahl sagt: „über gemeinsame Rastplätze“.

Meike Barnahl und Lydia Pusunc arbeiten als Pastorinnen bei st.moment, einer Ritualagentur der Evangelischen Kirche Hamburg. Ritualagentur, das heißt: Menschen begleiten an den besonderen Momenten des Lebens. Kurz Rast machen. Innehalten.

Zwischen Konfirmation und Beerdigung ist viel Leben

Denkt man an kirchliche Rituale, sind damit in der Regel Taufe, Konfirmation, Hochzeit und Beerdigung gemeint. Dazwischen liegt oft wenig. Für Menschen, deren Leben nicht entlang dieser klassischen Stationen verläuft – keine Hochzeit, keine Taufe, keine Kinder, keine klassische Familienbiografie –, gibt es in der Kirche herkömmlich wenig. „Tatsächlich haben wir als Kirche für diese Menschen kaum Angebote. Die Konfirmation ist oft das letzte Ritual, bis dann die Beerdigung kommt“, sagt Barnahl.

Viele prägende Lebenssituationen kommen also in den klassischen kirchlichen Ritualen kaum vor. Und auch die Liebe, die oft in der Hochzeit ihren sichtbarsten Ausdruck findet, kennt weit mehr Nuancen als das tradierte Bild von Ehe und Familie erfasst: Freundschaften, Wahlverwandtschaften – Beziehungen also, die Menschen tragen, prägen und begleiten. „Wir denken den Liebesbegriff bewusst weiter“, so Pusunc. Und so entsteht etwa ein Freundschaftssegens für drei Freundinnen, die einander – wie man so sagt – in guten wie in schlechten Zeiten zur Seite stehen und ihrer Freundschaft einen bewussten Moment geben wollten.

Drei Freundinnen ließen sich segnen – auch das ist möglich

„Es ging wirklich um diese drei“, erzählt Pusunc. Diese gemeinsame Form habe sich erst im Gespräch entwickelt. „Erst hieß es nur: Ein Segen reicht. Und dann ist es plötzlich richtig groß geworden.“ Die drei Frauen saßen zusammen, sprachen einander Wünsche zu und gaben sich Zusprüche. „Man hat Ja zueinander gesagt – ich bleibe bei dir, ich bleibe an deiner Seite.“ Selbst ihr seien dabei die Tränen gekommen, sagt Pusunc.

Auf den Freundschaftssegens aufmerksam geworden sind die drei über Instagram. Auch das zeigt: Nicht nur die Rituale lassen mehr zu als die klassischen Formen, sondern auch die Wege, auf denen Menschen mit Kirche in Berührung kommen. Und mit diesen neuen Wegen weitet sich auch der Blick darauf, welche Beziehungen Raum bekommen können.

Darin zeigt sich auch der erweiterte Liebesbegriff, von dem st.moment spricht: Beziehungen sichtbar machen, für die es oft keinen selbstverständlichen Ort gibt.

Und mit dieser Suche nach einem Ort verbindet sich zugleich die „Sehnsucht nach religiöser Begleitung, nach einem Ritual, in dem auch deutlich wird, dass da mehr ist als nur man selbst“, sagt Barnahl. Ein transzendenter Bezug also, den Religionen „Gott“ nen-

nen. Oder „Allah“. Oder ganz unterschiedlich beschreiben.

„Wir gucken immer von den Menschen her. Was braucht ihr eigentlich?“, sagt Barnahl. Nicht von der Struktur her, sondern von der Geschichte der Menschen. Und wenn ein Muslim und eine Christin zueinanderfinden und ihrer Liebe einen gemeinsamen Ort geben möchten, dann begleitet sie die Hochzeit zusammen mit einem Imam.

„Sie hätten nie gedacht, dass das möglich sei“, erzählt sie. Gerade diese Momente berührten sie besonders: wenn Menschen zunächst davon ausgehen, dass Kirche für ihre Lebensrealität keinen Ort habe – und dann erleben, dass es doch möglich ist.

Und mit dem Paar feiert oft auch eine Gemeinschaft, die selbst nicht damit gerechnet hätte.

Warum gehen so viele Menschen eigentlich davon aus, dass ihre Lebensrealität in kirchlichen Strukturen keinen Platz hat?

„Weil vieles lange tatsächlich nicht möglich war“, sagt Barnahl. Und weil diese Bilder von Kirche oft stärker nachwirkten als die kreativen Möglichkeiten der Gegenwart. Hinzu kommt: Viele Menschen kennen sich mit kirchlichen Strukturen schlicht nicht aus. „Wer ist eigentlich mein Pastor?“ sei eine typische Frage, sagt Barnahl. Für manche wirkten Gemeinden wie ein geschlossenes System, das erst verstanden werden müsse. Andere hätten das Gefühl, sich erklären zu müssen, wenn sie keine enge Bindung zur Kirche oder Gemeinde haben.

Genau dort setzt st.moment an: nicht als Konkurrenz zu Gemeinden, sondern als niedrigschwelliger Zugang und Vermittlung.

Schlichter heiraten, ohne viel Aufwand

„Niedrigschwellig“ heißt dabei auch: weniger Aufwand, weniger Vorlauf, weniger Perfektionsdruck. Insbesondere Hochzeiten sind längst nicht nur romantische Höhepunkte, sondern oft logistische Großprojekte: Location, Kleidung, Essen, Musik, Gäste, Erwartun-

gen. Schnell wird aus dem Wunsch, ein Ja zueinander zu sprechen, ein monatelanges Organisationsvorhaben. „Eine Hochzeit kostet im Schnitt 40.000 Euro“, sagt Barnahl. Für viele Menschen ist das eine Summe, die kaum erreichbar ist.

Andere wollen eine Hochzeit im großen Stil gar nicht – nicht aus Mangel an Bedeutung, sondern weil sie sich eine Form wünschen, die kleiner, direkter, näher an ihnen ist. Auch deshalb gibt es Formate wie „einfach heiraten“. Paare können kommen, sich segnen oder trauen lassen, ohne dass vorher alles bis ins Detail geplant sein muss. Für viele sei gerade diese Schlichtheit entscheidend: nicht die perfekte Inszenierung, sondern der Moment selbst. Zwei Menschen, ein Ja, ein Segen. Eine Form, die zur Geschichte der Menschen passt.

Ein gemeinsamer Rastplatz für Reisende

Manchmal ist diese Geschichte eine Liebe auf Distanz. Barnahl erzählt von einem Paar, das über Jahre eine Fernbeziehung führte. Beide waren beim Militär, lebten an unterschiedlichen Orten und trafen sich zwischen Einsätzen immer wieder in Hamburg – einem gemeinsamen „Rastplatz“ in einem Alltag auf Distanz. Gemeinsam mit Barnahl gaben sie ihrer Beziehung schließlich an den Landungsbrücken einen Ort, oben über den Buden mit Blick auf den Hafen, um ihrer Beziehung zwischen Reisen und Einsätzen. „Die Reisenden“, nennt Barnahl die beiden heute.

Menschen auf den Nachbarbänken beobachteten neugierig, was dort geschah. Später kamen einige herüber, stellten Fragen, gratulierten – und feierten schließlich gemeinsam mit dem Paar weiter.

Daran zeige sich: „Eine Distanz zur Institution bedeutet eben nicht automatisch eine Distanz zu Ritualen oder Spiritualität“, sagt Barnahl.

Mehr unter: www.stmoment.hamburg



Lydia Pusunc und Meike Barnahl (r.) arbeiten als Pastorinnen bei der Ritualagentur st.moment.

Yannik Willing



Gelebte Demokratie: Delegierte stimmen bei der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2024 im Plenum über Kirchengesetze ab (Archivbild).

epd-bild/Heike Lyding

Warum Demokratie und christliches Menschenbild eng zusammengehören

Menschenrechte, Freiheit und Vielfalt spiegeln zentrale Überzeugungen des christlichen Glaubens wider. Jeder ist für Gott wertvoll.

Martin Rößler

Das Christentum ist durch die Überzeugung geprägt, dass jede einzelne Person für Gott einen unendlichen Wert besitzt, den sie sich nicht selbst verdienen kann – und auch nicht verdienen muss. Es ist die Überzeugung, dass nicht wir Menschen über den Wert unseres Lebens befinden, sondern dass Gott es ist, der jedem einzelnen Menschen seine Identität und seinen Wert verleiht, unabhängig von seiner natürlichen Ausstattung (wie etwa Geschlecht), seinem gesellschaftlichen Ansehen oder individuellen Vermögen, auch unabhängig von seiner religiösen Leistung.

Nicht unsere Leistung, nicht was wir erwirtschaften und uns erarbeiten, entscheidet über unseren Wert vor Gott und damit auch über den Wert im Verhältnis zueinander: Vielmehr wird uns beides von Gott zugesprochen. Vor Gott ist jeder einzelne Mensch unendlich wertvoll und darauf angelegt, in gelingender Gemeinschaft mit anderen Menschen zu leben.

Diese Erfahrung der Akzeptanz macht frei, Verantwortung zu übernehmen. Im Gefühl dieser Verantwortung wächst der Sinn für ein menschliches Miteinander, das den Sinn für Individualität und Vielfalt stärkt. Die Kirchen haben die Aufgabe, diese Vielfalt zu unterstützen und abzubilden: eine Vielfalt an unterschiedlichen Frömmigkeitsformen und Akzentuierungen der gemeinsamen christlichen Überzeugungen und

auch eine Vielfalt der Organisationsformen und Lebensäußerungen des Glaubens.

Die wesentlichen Merkmale der freiheitlichen Demokratie lassen sich als Entsprechungen zu diesen christlichen Grundüberzeugungen deuten. Zwar ist es den evangelischen Kirchen zunächst schwergefallen, die Demokratie als Staatsform positiv zu würdigen. Denn in der evangelischen Theologie und der Staatsrechtslehre bestand lange der Konsens, dass der Staat eine christliche Legitimation benötige. Erst als die Weltlichkeit des Staats anerkannt werden konnte, ermöglichte dies auch eine positive Würdigung der Demokratie. Für die evangelische Theologie und Kirche war dies ein mühevoller Umformungsprozess.

Heute, 77 Jahre nach Beschluss des Grundgesetzes, hat sich in den Kirchen die Einsicht durchgesetzt, dass der demokratische Staat in zentralen Punkten den theologischen und ethischen Überzeugungen des christlichen Glaubens entspricht:

Die freiheitliche Grundordnung des Grundgesetzes findet eine Entsprechung in der Freiheit, die das Evangelium von Jesus Christus den Einzelnen ermöglicht und verbürgt. Diese verbindet immer zugleich die Möglichkeit, eigene Lebenschancen zu verwirklichen mit der Verantwortung gegenüber dem Nächsten.

Unveräußerliche Menschenrechte, die Würde des Menschen

Dass die unveräußerlichen Menschenrechte anerkannt sind, dass Freiheit immer Verantwortung mit einschließt, dass die staatliche Gewalt an das Recht gebunden ist, dass alle Entscheidungen des staatlichen Handelns grundsätzlich korrigierbar sein müssen, diese Grundlagen der freiheitlichen Demokratie verstehen die Katholische und die Evangelische Kirche in Deutschland heute als Entsprechung zum christlichen Menschenbild, das von der Würde und Freiheit des Menschen ebenso spricht wie von seinen Begrenztheiten

und seiner Anfälligkeit für Fehler. Und die grundsätzliche Akzeptanz von unterschiedlichen Meinungen und politischen Ansichten, die zur Essenz einer freiheitlichen Demokratie gehört, findet ihre Entsprechung in der prinzipiellen Pluralität in den evangelischen Kirchen: Diese Vielfalt ergibt sich ja gerade aus der grundlegenden Überzeugung, dass jede und jeder Einzelne von Gott akzeptiert und angenommen ist.

Die evangelischen Kirchen beruhen auf der Idee des allgemeinen Priestertums: Diese ergibt sich unmittelbar aus dem Evangelium selbst, das die Anerkennung und Akzeptanz jedes einzelnen Menschen zum zentralen Inhalt hat. Und wenn jeder und jede Einzelne gleich wichtig ist, kann diese Botschaft auch nur dann angemessen kommuniziert und weitergegeben werden, wenn es keine hierarchischen Ämter gibt, die durch die besondere Weihe einzelner Personen

festgelegt werden. Vielmehr ist es für das Evangelium wesentlich, dass es auch unter grundsätzlich Gleichen, die sich wechselseitig als Gleiche anerkennen, kommuniziert und weitergegeben wird. Der Gedanke des Priestertums aller Gläubigen ist daher im Kern eine Gleichheitsidee.

Dem entspricht die synodale Verfassung der evangelischen Kirchen: Sie geht von der grundsätzlichen Gleichheit aller Kirchenglieder aus, was sich darin abbildet, dass alle wirklich wesentlichen Entscheidungen von einem gewählten „Kirchenparlament“ getroffen werden.

Kirchen als funktionierende Demokratie, zum Beispiel die EKD Insofern können die evangelischen Kirchen als Beispiel für eine funktionierende Demokratie angesehen werden. Zu den besonderen Stärken der Leitungsgremien mit ausgeprägter Ehrenamtlichkeit ge-

hört die damit gegebene Repräsentanz von Unterschiedlichkeiten: Diese Vielfalt kann sich auf allgemeinmenschliche Varianten wie Alter, Geschlecht, Lebenslage, Wohnort beziehen, ebenso auf fachliche und berufsbezogene Kompetenzen, auf Frömmigkeiten oder Kirchlichkeit und auf theologische Richtungen bzw. Verankerung in verschiedenen Bereichen kirchlicher Arbeit. Daher kann die Synode als diejenige Form der Beteiligung der Gemeinde an der Kirchenleitung gelten, durch die das allgemeine Priestertum am angemessensten zur Geltung kommt.

Der synodalen Verfassung der Kirche, die auf Wahlen und dem Mehrheitsprinzip basiert, kommt darüber hinaus in Zeiten eines gesellschaftlichen Plausibilitätsverlustes demokratischer Elemente womöglich eine besondere Bedeutung zu: Die liberalen Reformen des Protestantismus im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts waren

nicht zuletzt von der Hoffnung getragen, auf dem Umweg über eine demokratische Kirchenverfassung auch eine demokratische Staatsverfassung durchzusetzen. So dürfte es 200 Jahre später nötig geworden sein, den kirchlichen Leitungsstrukturen, in denen der Umgang mit Pluralität auf demokratische Weise organisiert wird, angesichts bestehender Anfeindungen und Infragestellungen der demokratischen Organisation des Staates auch eine exemplarische Bedeutung für den Wert der Demokratie als solcher zuzusprechen.

Gesellschaften sind immer im Wandel

Denn Gesellschaften sind immer im Wandel. Das gilt auch für rechtsstaatlich verfasste Demokratien. Ihr Bestand versteht sich nicht von selbst, sondern muss immer wieder erneuert, begründet und, wenn nötig, verteidigt werden. Auch in Deutschland gibt es gesellschaftliche Entwicklungen und Tendenzen, die die fraglose Akzeptanz demokratischer Strukturen und Teilnahmeformen bestreiten. Die evangelischen Kirchen haben daher die Pflicht, sich demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzustellen. Positiv lässt sich dies formulieren als Bemühungen, Vertrauen zu stärken, Gemeinsamkeiten auch bei politisch divergenten Ansichten zu betonen, die Beteiligung in zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien zu fördern und vordergründige Abgrenzungen (etwa nach schlichten Parteizugehörigkeiten) zu vermeiden.

Die Kunst besteht heute darin, mit den Worten unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, „sich von Andersartigkeit nicht befremden und beängstigen zu lassen. Wir brauchen also die Verständigung mit den anderen“ (aus seinem Buch „Wir“, Berlin 2024).

Der Autor ist Pastor und Theologischer Referent im Kirchenkreis Hamburg-Ost

Ehrenamtliche entscheiden mit über die Gemeindegearbeit

Sabine Tesche

Der Kirchengemeinderat (KGR) ist das zentrale, gewählte Leitungsgremium der evangelisch-lutherischen Gemeinden in Hamburg. Er besteht aus Pastoren und Pastorinnen, einem oder einer Mitarbeiter/in sowie gewählten ehrenamtlichen Mitgliedern, die gemeinsam Verantwortung für Finanzen, Gebäude, Personal und die inhaltliche Ausrichtung (Gottesdienste, Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit sowie Kirchenmusik.) tragen. Der Rat wirkt auch mit bei der Besetzung von Pfarr- und anderen Stellen. Die Mitglieder vertreten die Gemeinde in der Öffentlichkeit. Der KGR tagt in der Regel einmal monatlich, Mitglieder engagieren sich oft zusätzlich in Aus-

schüssen. Die Mitglieder werden von den Gemeindegliedern für eine festgelegte Amtszeit gewählt.

In den Pfarreien des Erzbistums Hamburg ist der Kirchenvorstand das höchste Gremium für Vermögens- und Verwaltungsaufgaben. Es wird von den Mitgliedern der Pfarrei gewählt. Im Kirchenvorstand sind ebenfalls der Pfarrer sowie ein Vertreter des Pfarrpastoralrates und ggf. ein Kaplan vertreten. Der Kirchenvorstand verständigt sich mit dem Pfarrpastoralrat über die Kernpunkte seelsorglicher und pastoraler Arbeit, stellt über die Haushaltsplanung den Rahmen für die pastorale Arbeit und die Tätigkeiten der Fachausschüsse, steuert das Verwaltungsgeschehen in der Pfarrei. Er übernimmt somit auch die Immobilien-

planung, beruft die Mitglieder der Fachausschüsse und fällt Entscheidungen hinsichtlich leitender Mitarbeiter.

Daneben gibt es bei der katholischen Kirche den Pfarrpastoralrat (PPR): Er ist das höchste Beratungs- und Entscheidungsgremium für pastorale Belange. Er plant und koordiniert das seelsorgliche Leben, die inhaltliche Ausrichtung und die Umsetzung des Pastoralplans der Großpfarre. Seine Mitglieder werden von den Gemeindegliedern (bzw. Delegierten der Gemeindegremien) gewählt. Vertreter des Pastoralteams und des Kirchenvorstands sind ebenfalls Mitglieder.

Er besteht überwiegend aus gewählten Laien, die ehrenamtlich tätig sind.

Aktive Mitsprache: Wo die Kirchen als Vorbild gut funktionieren

Elf Kirchen, ein Ziel: Hamburgs ökumenisches Klimabündnis

Gemeinsam und auf Augenhöhe: In der Hamburger „Churches for Future“-Bewegung hat jede Stimme gleiches Gewicht – das soll Vorbild sein.

Hamburg. Das Ziel ist groß: das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens halten und für mehr Klimagerechtigkeit sorgen. Das Hamburger Bündnis „Churches for Future“ denkt dabei nicht nur global, sondern handelt auch vor Ort – in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen.

Gegründet haben das Bündnis die Infostelle Klimagerechtigkeit des Ökumenewerks der Nordkirche, die beiden Hamburger Kirchenkreise sowie weitere evangelische und katholische Akteure. Heute zählt es elf aktive Mitglieder – darunter die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Hamburg, das Erzbistum Hamburg, Brot für die Welt, das Diakonische Werk, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt, der Kirchliche Entwicklungsdienst und der Bund der Katholischen Jugend.

„Die gemeinsame Basis ist das christliche Selbstverständnis, Verantwortung für die Welt und alle Lebewesen zu übernehmen und sich für eine gerechte, nachhaltige Zukunft einzusetzen – besonders für jene, die am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind“, sagt Sprecherin Uli Eder. „Leitgedanken wie Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit schaffen eine verbindende Plattform für die ökumenische Mobilisierung.“

Das Bündnis geht auf Klimademos mit, hält Klima-Andachten, ließ schon Glocken „5 vor 12“ läuten und schickte einmal sogar einen Posaunenchor für die Energiewende auf die Straße. Mit „Concerts for Future“ und Diskussionsrunden zu Klimagerechtigkeit, Öko-Theologie und sozial-ökologischer Transformation setzt es eigene Akzente – sichtbar nach außen, bewusstseinsbildend nach innen.

Auffällig ist die demokratische Struktur. Entscheidungen fallen gemeinsam und mehrheitlich, monatliche Treffen und halbjährliche Klausuren bieten Raum für Planung. Theologinnen, Klimaschutzmanager und Bildungsreferentinnen bringen ihre Ideen ein, eine Onlineplattform hält alle auf dem Laufenden.

„Als ‚Churches for Future‘-Bündnis ist unser zentraler Gedanke, die verschiedenen, kirchlichen Einrichtungen zu vernetzen und Synergien zu schaffen bzw. uns gegenseitig zu unterstützen“, sagt Eder. Das Modell könne auch andere kirchliche und soziale Initiativen inspirieren: „Demokratische Prinzipien, welche auch in den Gremien der Kirchen verankert sind, werden hier aktiv gelebt, sodass Konsens entsteht und auch neue, innovative Ansätze umgesetzt werden können.“ *tes*



Die Initiative „Churches for Future“ bei einer Demonstration gegen den Klimawandel. Uli Eder

Neues Bündnis in den Startlöchern: „Das ist Demokratie, wie sie mal gedacht war“

Neue Stadtinitiative will Hamburgs Zusammenhalt stärken – mit 104 Stadtteilfesten und frischen Ideen gegen Demokratie-Verdrossenheit.

Anika Würz

Wahlen gehen – auf Englisch „Go Vote“ –, das haben vor der Europawahl 2024 sowie der Bundestags- und Bürgerschaftswahl 2025 mehr als 200 Hamburger Organisationen im Schulterschluss empfohlen. Das Bündnis mit dem passenden Namen „GoVote“ hatte Initiativen, Kirchen, Stiftungen, Stadtteilkultur, Religionsgemeinschaften, Unternehmer und Aktivisten vereint. Gemeinsam riefen sie mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Mitmachangeboten, einem Mega-Konzert in der Elbphilharmonie und einer Großdemo zur Wahrnehmung eines zentralen demokratischen Privilegs auf: der politischen Wahl.

GoVote-Initialzündler, der sich aber nicht als Kopf oder Spitze des Engagements verstanden sehen will, ist der Vorsitzende der Alfred Toepfer Stiftung, Ansgar Wimmer. Er möchte den Hamburger Zusammenschluss auch jetzt, abseits von Wahlkampfzeiten, weiter forcieren. Die Demokratie als unser zentrales „gesellschaftliches Betriebssystem“ in den Blick zu rücken und zu stärken, verliere schließlich auch ohne den unmittelbaren Druck eines bevorstehenden Wahltermins nicht an Dringlichkeit, sagt er. Im Gegenteil müsse nun der systematische Versuch unternommen werden, die Zeit bis zur nächsten Wahl sinnvoll zu nutzen. Deshalb bekommt das Bündnis ein Update: Aus GoVote wird jetzt „... und ...“, – sonst ändert sich nichts. Oder? „... und ... was Hamburg zu-



Hunderte Engagierte setzen ein Zeichen für den Zusammenhalt: Das Bündnis „... und ... was Hamburg zusammenhält“ (ehemals GoVote) steht in den Startlöchern. Sven Wied / Stiftungsbüro Hamburg

sammenhält“, heißt die neue Kampagne mit vollem Namen. Im Zentrum des ausdrücklich überparteilichen Vorhabens stehen ganz klar das Verbindende und der Austausch. So wollen die Beteiligten einer demokratiefeindlichen Diskursverschiebung entgegenwirken – nicht missionarisch, aber mit klarer Mission.

Mit einer ersten öffentlichen Aktion im Rahmen der Hamburger Stiftungstage und der „Hamburger Längsten Tafel für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt“ auf dem Rathausmarkt ist die stadtweite Initiative „... und ... was Hamburg zusammenhält“ am Wochenende gestartet. Als weithin sichtbares Zeichen formierte sich dabei ein Flashmob aus Hunderten Bürgerinnen und Bürgern im Herzen der Stadt zu einem aus Körpern geformten überdimensionalen „UND“. Das neue Bündnis soll Vernetzung und Begegnung schaffen, eine Plattform und ein Forum sein,

aber auch Ermutigung für zivilgesellschaftliches Engagement. Einen finanziellen Grundstein bildet der „Demokratie stärken“-Fonds, aufgelegt von der Bürgerstiftung Hamburg, in den auch die Funke Mediengruppe, zu der das Hamburger Abendblatt gehört, eingezahlt hat. Neben der Alfred Toepfer Stiftung ist die Bürgerstiftung Anstoßgeberin für die neue Stadtinitiative.

Herzstück des runderneuerten Bündnisses ist das Projekt „104“, erzählt Wimmer: „In einer Zeit, in der anderswo Extreme die Kneipen aufkaufen und die Hüpfburgen aufblasen, wollen wir das in Hamburg ganz anders handhaben.“ Dahinter steht ein ziemlich ambitioniertes Vorhaben. Bis zu den nächsten Wahlen im Frühjahr 2029 will das Bündnis in allen 104 Hamburger Stadtteilen in jeweils einer Woche ein Mikrokultur- und Stadtteilfest auf die Beine stellen. Der Blick soll dabei auf das gelenkt

werden, was anscheinend selbstverständlich vorhanden und doch besonders und wertvoll ist: auf die Dinge, die das Zusammenleben prägen und Anlass sind, aufeinander zuzugehen.

Akteure dieser Stadtteilfeste sollen die Bündnis-beteiligten Verbände, Kirchen oder Unternehmen wie etwa die Haspa sein, aber auch Quartiers-bekannte Köpfe und Player: von Künstlerinnen und Fußballtrainern über Bühnen und Vereine bis hin zu Elternvertretungen und Laufclubs. Wer führt seit Jahrzehnten die Kneipe an der Ecke? Bei welchem Bäcker trifft sich das Quartier? Wer ist der Kitt im Kiez? Diese Menschen sind hier gefragt.

„104“ ist ein zutiefst analoges Unterfangen, und zwar nicht ohne Grund. „Das brauchen wir in dieser Zeit. Die Tendenz zur Polarisierung wird durch das Digitale noch mal unterstützt, denn Hass und

Hetze bringen Klicks“, sagt Rüdiger Ratsch-Heitmann. Der Geschäftsführer der Bürgerstiftung Hamburg steht voll und ganz hinter dem Projekt.

„Es gibt so eine vermeintliche, vielleicht teilweise auch tatsächliche Ohnmacht, die unsere Demokratie bedroht. Und das ist im Übrigen auch das Geschäft der Populisten: den Menschen Ohnmacht zu suggerieren“, warnt er. Eine wirksame Gegenmaßnahme: „Wir müssen uns jetzt fragen, wie wir etwas bewegen können und wie wir Handlungsmöglichkeiten fördern.“

„... und ...“ betont das Verbindende. Die Initiative, die aus dem GoVote-Bündnis hervorgeht, will das fördern, was mancher den sozialen Kitt nennt: die Begegnung und den Dialog. „Ich denke, ganz viele Menschen treibt die Frage um, was die Stadt und die Gesellschaft noch zusammenhält. An manchen Stellen ist Hamburg schon ganz schön zerklüftet“, sagt etwa Pastor und landeskirchlicher Beauftragter Thomas Kärst. Auch die evangelische Kirche wolle ihre Gemeinden wie schon im Rahmen von GoVote daher wieder zur Beteiligung am Bündnis und den Stadtteilaktionen „104“ aufrufen. Kärst findet schließlich: „Das ist Demokratie, wie sie eigentlich mal gedacht war.“

Auch die Katholische Akademie ist erneut mit im Boot, berichtet Direktor Stephan Loos. „Wir müssen wieder das ‚und‘ in den Mittelpunkt stellen, statt uns in Polarisierungen zu verlieren“, appelliert er. „Menschen unterschiedlicher Überzeugung und Herkunft müssen einander begegnen und sich darüber austauschen können, vielleicht auch streiten können, welche Überzeugungen sie teilen und welche sie trennen. Wir brauchen Orte, wo genau das konstruktiv gelingen kann – ohne dass vorher schon feststeht, was am Ende bei der Debatte herauskommen soll.“

Loos betont die Relevanz des breiten zivilgesellschaftlichen Engagements auch abseits von Wahlzeiten: „Demokratie wird nicht nur mühsam errungen, sie ist auch mühsam zu bewahren.“

Wie Schüler im Erzbistum Hamburg Demokratie praktisch leben

Neue Regeln stärken Mitsprache, Beteiligung und die Rolle von Schülern in Schulkonferenz und Gesamtvertretung der katholischen Schulen.

Sabine Tesche

Paul (16) bestimmt gern mit. Früher engagierte er sich im Jugendbeirat seiner Heimatgemeinde, heute ist der Zehntklässler Schulsprecher an der Sophie-Barat-Schule und sitzt in der Gesamtschülervertretung (GSV) der Katholischen Schulen in Hamburg. Das Gremium vereint Schülersprecher, Schülerrat und Delegierte der Grund- und Stadtteilschulen sowie der Gymnasien – und ist die höchste Vertretung der Schülerschaft im

Erzbistum. Gemeinsam mit dem Zwölfklässler Frederik (19) von der St.-Ansgar-Schule führt Paul die GSV als Sprecher.

Das Sprecherteam plant Sitzungen, setzt Tagesordnungen und prüft aktuelle Themen. Alle zwei Wochen kommt es zusammen, mehrfach im Jahr trifft es Schulabteilungsleiter Christopher Haep, den Generalvikar oder den Erzbischof. Aktuell diskutiert die GSV über die Handynutzung an Schulen. Beide Sprecher wünschen sich eine Lösung, die Schüler, Lehrer und Eltern gleichermaßen mittragen.

Paul schätzt, dass er sich in der GSV auch über die eigene Schule hinaus politisch einbringen kann. Frederik nennt die Vielfalt der Anliegen als größten Gewinn – und dass das Team gemeinsam mit dem Erzbistum Lösungen erarbeitet und umsetzt. Manches bremst



Frederik und Paul (r.) sind Sprecher der Gesamtschülervertretung Kath. Schulen in Hamburg

Sabine Tesche)

die Arbeit aber: Termine kollidieren mit denen der Hauptamtlichen, und das Ehrenamt verlangt viel Eigeninitiative. „Und seit es noch weniger katholische Schulen gibt, liegt die Verantwortung auf noch weniger Schultern“, sagt Frederik, den die Schließungen geärgert haben. Dennoch fühlen sich beide vom Erzbistum ernst genommen. Eine entscheidende Neuerung bringt das neue Diözesane

Schulgesetz des Erzbistums Hamburg, an dem Frederik mitgewirkt hat: Erstmals sitzen auch Dritt- und Viertklässler in der GSV. „Das Gesetz hat neue Strukturen geschaffen, die Schüler von Anfang an in demokratische Prozesse einbinden“, sagt Frederik. Die Amtszeit der Schülersprecher wurde von einem auf zwei Jahre verlängert – das sorgt für mehr Kontinuität.

Auch in der Schulkonferenz, einem zentralen Entscheidungsorgan, sitzen jetzt mehr Schülervertreter. „Die Zahl der Schülervertreter in der Konferenz wurde dank des neuen Gesetzes erhöht. Dies stärkt unsere Position und gibt uns mehr Gewicht bei Entscheidungen, die Schüler direkt betreffen“, sagt Paul.

„Gerade in unseren Zeiten ist die Stärkung von Mitwirkungsrechten ein wichtiger Beitrag zur Ausge-

staltung unserer demokratischen Grundordnung“, erklärt Schulabteilungsleiter Christopher Haep. „Wir stärken damit das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft, fokussieren Demokratiebildung an unseren Schulen. Schülerinnen und Schüler erfahren sich so als selbstwirksam.“

Frederiks Herzensprojekt ist die Wiederbelebung eines Fußballturniers der katholischen Schulen, das in der Corona-Zeit ausfiel. Solche gemeinsamen Aktionen fördern für ihn Teamgeist über Schulgrenzen hinweg.

Am Ende ziehen Paul und Frederik ein klares Fazit: Die GSV bringt konkrete Verbesserungen und schärft das eigene Demokratieverständnis. „Allerdings sollte man keine Angst vor Verantwortung haben und mit schwierigen Themen umgehen können“, sagt Frederik.

Interview mit Prof. Dr. Kristin Merle über Weltflucht und Radikalisierung – und warum die Kirche vor der eigenen Haustür kehren muss.

Liv Sachisthal

Kristin Merle ist seit Oktober 2018 Professorin für Praktische Theologie an der Universität Hamburg. Daneben fungiert sie als Beauftragte für Gleichstellung und Diversity an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät und als Universitätspredigerin an St. Katharinen. Seit Jahren forscht die gebürtige Siegenerin zur Verbindung von Religion und extremer Rechter und leitet eine AG Rassismuskritik auf EKD-Ebene. Privat gehört die 52-Jährige zur Kirchengemeinde in Hamburg-Rissen, wo sie mit ihrer Frau und zwei Kindern lebt.

Klimawandel, Kriege, großwahnwitzige Autokraten – viele Menschen sagen: Ich mache einfach die Tür zu. Können Sie diesen gesellschaftlichen Trend zum Rückzug nachvollziehen?

Kristin Merle: Die hohe mentale Belastung kann ich nachvollziehen. Die Informationsflut ist enorm, alles muss verarbeitet und sortiert werden. Dazu kommt der gefühlte Druck, sich ständig als eigenes Projekt optimieren zu müssen – und wenn man scheitert, ist man selbst schuld. Das flüstert einem zumindest die Leistungsgesellschaft ein. Aber wenn ich mich nur noch damit beschäftige, wie ich mir ein gemütliches Zuhause einrichte, die beste Marmelade koche und keine Nachrichten mehr lese, dann ist das für mich eine Form von Eskapismus. Die Leute, von denen ich das höre, leben oft in keinen prekären Verhältnissen. Das ist eine Haltung, die man sich leisten können muss.

Und auf der anderen Seite steht die Radikalisierung?

Radikalisierung fängt für mich da an, wo Menschen in ein Weltverhältnis der Gegnerschaft eintreten. Wo ein Wir-Ihr-Denken mit Feindschafts-Konstellation einsetzt: Die sind schuld, wir sind so, ihr seid so. Wenn gesellschaftliche Institutionen delegitimiert werden. Wichtig ist mir aber: konstruktiv Konflikte benennen, streiten, sagen, wo etwas nicht gut läuft – das brauchen wir dringend, das braucht auch unsere Demokratie. Das Problem beginnt, wenn aus Streit Feindschaft wird.

Was kann der christliche Glaube einer Demokratie unter Druck geben?

Das sogenannte Böckenförde-Diktum sagt: Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Er basiert auf Freiheit, Toleranz, Demokratie – ist aber darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und zivilgesellschaftliche Institutionen die Ressourcen dafür bereitstellen. Die Kirche ist da eine wesentliche Trägerin. Dem Soziologen Hartmut Rosa folgend könnte man sagen: Wir leben in beschleunigten Verhältnissen, die zu einem aggressiven Weltverhältnis führen. Und da können Kirchen Resonanzräume für anderes schaffen: mit Ritualen, Gottesdiensten, Traditionen, die Menschen in ein anderes Weltverhältnis einüben. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal der Kirchen, aber es ist etwas, was Religionen für Gesellschaft

leisten können. Wer einkalkuliert, dass es etwas Größeres gibt als sich selbst, der übt sich auch in Demut gegenüber dem eigenen Wahrheitsanspruch. Und genau das brauchen wir in einer pluralen, diversen Gesellschaft – dass ich nicht sage, ich habe die Wahrheit, sondern stehen lassen kann, dass andere Menschen andere Zugänge haben. Und dass wir trotzdem gemeinsam handlungsfähig bleiben.

Und braucht die Kirche umgekehrt die Demokratie?

Die Demokratie schützt institutionell, was der Kirche genuin wichtig ist: unverlierbare Würde, Freiheit, Verantwortlichkeit jedes Menschen. Damit die Kirchen so wirken können, wie sie es tun, sind sie auf demokratische Verhältnisse angewiesen.

Gibt es biblische Motive, die eine demokratische Kultur, wie wir sie heute kennen, stützen?

Die Bibel sagt erst mal gar nichts direkt zu dem, womit wir es heute zu tun haben. Es ist immer an uns, diesen Transfer zu leisten – und das gilt in jede Richtung. Wenn jemand biblizistisch verfährt und behauptet, der Prophet Jesaja sagt uns, wie die Politik in Deutschland gestaltet sein soll, dann funktioniert das hinten und vorne nicht. Das gilt aber genauso andersherum für liberal-demokratische Positionierungen. Auch dafür gibt es keine direkten Anweisungen in der Bibel. Aber natürlich finden wir wichtige Hinweise in der Bibel: die Gottebenbildlichkeit im ersten Buch Mose – unverlierbare Würde, unabhängig von Status, Leistung, Herkunft. Dann Galater 3: Da ist nicht Jude noch Grieche, nicht Sklave noch Freier – also eine Gleichheit, die den sozialen Ungleichheiten vorausgeht. Und das Gebot der Nächstenliebe: füreinander eintreten, Schutz der Schwächsten.

Die AfD liegt aktuell bei 27 Prozent, in Sachsen-Anhalt bei 41 Prozent. Welche Verantwortung hat die Kirche angesichts dieses Erstarkens von rechtsextremen Positionen?

Erstens: Die Kirchen müssen sich positionell klar aufstellen. Es geht immer um den Schutz von Menschen – nicht allein darum, eine Position zu haben, damit man eine Position hat. Die Deutsche Bischofskonferenz hat 2024 unmissverständlich erklärt, dass völkischer Nationalismus mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar ist. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands haben sich dem klar angeschlossen. Solche Statements darf man nicht unterschätzen. Sie stärken zivilgesellschaftlichen Akteuren den Rücken, gerade in Kontexten, in denen rechte Kräfte viel Einfluss haben, zum Beispiel in einigen ländlichen Regionen in Deutschland. Dort ist die Situation mitunter sehr viel prekärer.

Und zweitens?

Die Kirche muss vor der eigenen Haustür kehren. Geschlossene rechtsextreme Weltbilder gibt es gar nicht sehr viel häufiger als früher, aber Versatzstücke aus der extremen Rechten sind stark in die Mitte hineingewandert. Und Kirchengemeinden sind da repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Man adressiert dieses Problem immer noch viel im Außen, es findet aber notgedrungen ein Umdenken statt: Wie gehen wir damit um, wenn ein AfD-Mitglied ein kirchliches Leitungsamt bekleiden will? Man hat zu wenig Formate und Formen, innerhalb von Kirchengemeinden mit unterschiedlichen



Kristin Merle ist Professorin für Praktische Theologie an der Universität Hamburg.

Michael Rauhe

„Man sollte nicht über alles die Harmoniesoße gießen“

Hingehen, mit Leuten außerhalb der eigenen Blase reden. Zuhören, aber auch sagen: Ich sehe das anders.

Prof. Kristin Merle

gleichzeitig das Gespräch weiterzuführen. Dazu gehört für mich auch: Wir müssen verstehen, was da theologisch-politisch läuft. Es gibt in der extremen Rechten neue Formen einer rechten politischen Theologie: Da gibt es Autoren wie Martin Lichtmesz oder Influencer wie Leonard Jäger, der sich in seinem Podcast lang mit Martin Sellner darüber unterhält, dass, wer keine richtige Theologie betreibt, auch nicht richtig politisch handeln könne. Rechte politische Theologien kann man haarsträubend finden, aber man muss sie kennen, um dagegen argumentie-

ren zu können. Das ist im Grunde unsere Informationspflicht.

Fehlen der Kirche Debattenräume?

Ich fände es gut, wenn es in den ganz normalen Kirchengemeinden Mitglieder auch über konfliktreiche Themen sehr viel stärker und unbeschwerter miteinander ins Gespräch kämen. Es gibt Formate wie die Initiative „Verständigungs-Orte“, der EKD und der Diakonie, aber das sind Ereignisse, die organisiert werden. Es müsste stärker in den Alltag der Gemeinden hinein. Von der kirchlichen Kultur her könnten wir noch viel lernen: dass wir Konflikte führen und aushalten lernen. Nicht über alles die Harmoniesoße gießen. Das Problem ist ja, dass gesellschaftlich vieles sofort identitätspolitisch aufgeladen wird: Sag mir, ob du genderst, und ich sage dir, wo du politisch stehst! So kann man keine Gespräche führen. Es müsste viel stärker darum gehen, einander erst einmal zu verstehen – und dann auch miteinander konstruktiv zu streiten.

Wo verläuft die Grenze zwischen politischer Neutralität und nötiger Parteilichkeit?

Politische Neutralität bezieht sich darauf, dass ich als Pastorin keinen Wahlkampf betreibt, keine Wahlempfehlungen gebe und so weiter. Das Unparteiliche endet da,

wo es um Menschenwürde geht, um den Schutz von Minderheiten, um Ideologien der extremen Rechten. Da muss man klar etwas sagen. Das eigentliche Ziel politischer Predigt ist, dass die Leute sich selbst als handelnde Bürger und Bürgerinnen verstehen.

Welche Strategien helfen in Predigten, ambivalente Themen so anzusprechen, dass sie weder verharmlosen noch spalten?

Mut, die Dinge nicht vorschnell zu vereinfachen. Diese Welt ist eine komplizierte Welt, und wir müssen uns darin zurechtfinden. Predigt darf selbst nicht in Freund-Feind-Schemata verfallen. Die Kunst besteht darin, nicht nur in Opposition zu gehen, auch nicht Dinge vorschnell zu verharmlosen oder zu harmonisieren, sondern das positive Modell, sich mit dieser Welt ehrlich auseinanderzusetzen, glaubwürdig zu vertreten. Gleichzeitig darf man reale Ängste nicht übergehen, sondern muss sie ernst nehmen – ohne sie populistisch zu instrumentalisieren.

Was ist mit Menschen, die Verschwörungserzählungen anhängen – wie begleitet man die seelsorglich?

Es kommt hier vor allem auf Beziehungsarbeit an. Die erste Aufgabe ist sicherlich nicht, zu debattieren, ob etwas richtig oder falsch ist,

sondern die Person zunächst sein lassen zu können. Zuhören, verstehen wollen, was das für ein gedankliches System ist. Faktenchecks sind eine große Einladung, dass die Tür gleich wieder zugemacht wird. Und wenn der Kontakt abgebrochen wird, ist das eigentlich nichts mehr zu holen. Es geht also darum, sich selbst als verlässlicher Gesprächspartner zu erweisen. Irgendwann ist aber auch die Grenze erreicht, wo ich als Seelsorgerin eine Differenz markieren muss – wenn es zum Beispiel, das ist bei rechten Verschwörungserzählungen gar nicht so selten, um Antisemitismus geht. Für solche Begegnungen müssen Seelsorger Kompetenzen ausbilden, auch mit Blick auf die Einübung in eigene Haltungen.

Welche Rolle spielt Diversität für die Zukunft der Kirche?

Gleichstellung und Diversity sind keine Add-ons. Es muss Teil des Kulturwandels sein – weil Lernen sich nur am Nicht-Identischen, am Anderen vollzieht und nicht durch Reproduktion dessen, was ich schon immer für richtig gehalten habe. Diversitätskompetenz ist für mich eine Art Transmissionsriemen für Zukunftsfähigkeit – auch für die Kirche. Die kirchlichen Kontexte sind zum Beispiel weiße Kontexte. In den Gremien wirkt das Prinzip der Homophilie. Es finden Leute zusammen, die einander ähnlich sind, und das pflanzt sich fort: von der Gemeinde über die Kirchenkreissynode bis zur EKD-Synode. Das ist oft keine explizite Absicht – es passiert einfach. Das macht es im Effekt nicht besser. Man müsste mehr noch Leute in Gremien nach Diversitätskriterien berufen. Oder: Die internationalen Gemeinden führen oft ein Parallelleben in den gemeindlichen Kontexten. Man könnte mehr miteinander gestalten, damit sich die Kultur hin zu einem inklusiven Miteinander ändert.

Was sind aus Ihrer Sicht die konkreten Hebel?

Drei Dinge fallen mir spontan ein. Erstens: Demokratie- und Medienbildung für Haupt- und Ehrenamtliche, wenn es um Polarisierung und Mediennutzung geht: Hate Speech erkennen, Desinformationen einordnen, Streitkultur lernen. Auch in der Jugend- und Konfirmandenarbeit. Social Media ist das Tagesgeschäft der Jugendlichen. Zweitens: gut moderierte Diskursräume, offline wie digital, in denen Menschen wirklich über konfliktreiche Themen ins Gespräch kommen. Und drittens: Etablierung von Schutzkonzepten. Die können gerne auch über sexualisierte Gewalt hinausgehen und andere Gewaltformen, auch in Form von Diskriminierung, in den Blick nehmen – als Hebel für Kulturveränderung. Wichtig ist zudem Bündnisarbeit mit zivilgesellschaftlichen Playern, die sich ebenfalls für die Stärkung der Demokratie einsetzen.

Und was kann jede und jeder Einzelne tun?

Im Alltag sprachfähig werden. Natürlich ist es gut, wenn die Bischöfe sich gegen Menschenfeindlichkeit positionieren. Aber letztendlich ist es unser aller Aufgabe zu sagen: Weißt du was, das finde ich diskriminierend, was du da sagst. Eine generell sinkende Toleranz gegenüber menschenfeindlichen Aussagen. Eine Studentin von mir hat neulich über ihren „Alltagsaktivismus“ gesprochen: hingehen, mit Leuten außerhalb der eigenen Blase reden. Zuhören, aber auch sagen: Ich sehe das anders. Das hat mich beeindruckt – und ich habe gedacht: Ja, davon brauchen wir eigentlich alle mehr.



Susanne Richter sinniert über Fitness-Franziskus

Querdacht

„Gibt es eine Geschichte zu deinem Namen?“ Komisch, dass ich ihm diese Frage stelle. Der Mann ist mir nicht sonderlich sympathisch. Aber sein Name fällt auf. Wer heißt bitte Franziskus? Außer man ist Papst.

Dazu kommt: Dieses verbissene Muskelpaket in meinem Fitnessstudio widerspricht in jeder Hinsicht meinem Bild eines Franziskus.

So sieht doch kein feinfühliges Tierversteher, charismatischer Ordensgründer oder Gottesmann aus. Alle anderen im Sportkurs schnacken, schwitzen und lachen miteinander. Franziskus guckt an uns vorbei. Nur wenn sein Name auf der Liste der Teilnehmenden vorgelesen wird, nickt er kurz.

„Eine kleine Hantel für die Schultern!“, ruft unsere Trainerin. Wir ächzen und stöhnen schon bei eineinhalb Kilo, Fitness-Franziskus lädt sich zehn Kilogramm auf, macht dann noch extra Liegestütze und verlässt vor der Entspannungsübung, ohne sich zu verabschieden, den Gymnastikraum.

Letzte Woche stehe ich am Matentwagen neben ihm. Und frage, wie er wohl zu seinem Namen gekommen ist.

„Meine Mutter war Ärztin, und damals waren viele Diakonissen auf ihrer Station im Krankenhaus. Als sie schwanger wurde mit mir, durfte ihre Lieblingsdiakonisse bei der Namensgebung helfen. Die war sehr gütig.“ Fitness-Franziskus hätte mir genauso gut erzählen können, dass er in Wirklichkeit Kaiser von China ist, es hätte mich nicht mehr erstaunt.

„Dann ist Franziskus eine Art Segensname für dich?“ Ich überlege noch, ob das zu theologisch ist: „Genau!“, schießt es da aus Fitness-Franziskus heraus. Als hätte es endlich jemand verstanden.

Und wir lächeln beide. Und das machen wir jetzt öfter mal, wenn wir uns sehen. Auch die anderen hat er jetzt mal gegrüßt. Ansonsten trainiert er so hart weiter wie zuvor.

Hat sich gar nicht wirklich etwas verändert? Ich habe mich auf jeden Fall verändert: Ich sehe ihn mit anderen Augen, weil ich jetzt weiß, wie er aussieht, wenn er lächelt und sein Gesicht ganz weich wird. Ich sehe ihn auch mit anderen Augen, weil ich etwas von seiner Geschichte kenne.

Und jetzt frage ich mich: Wie viele Geschichten um uns herum haben wir noch nicht entdeckt? Und was würde sich alles dadurch ändern, wenn wir offen und bereit sind, uns ein neues Bild von den Menschen in unserer Nähe und von der Gesellschaft zu machen? Ich bin überzeugt, dass es immer bereichernd ist, neue Perspektiven zu wagen – für uns und für andere.

Die Kolumnistin ist Pastorin bei Kirche im Dialog, einem Werk der Nordkirche



Zum Mitmachen

Ein Zeichen für Vielfalt setzen beim Christopher Street Day am 1. August

Viele Engagierte aus der evangelischen Kirche und darüber hinaus werden beim Hamburger Christopher Street Day (CSD) mit einem Truck am Sonnabend, den 1. Au-

gust für Vielfalt, Selbstbestimmung, Diversität und gegen jede Form von Gewalt und Diskriminierung von queeren Menschen demonstrieren. Es werden das Leben, die Liebe und der Heilige Geist gefeiert. Ein sichtbares Zeichen für Lebensfreude und Toleranz: Soli-

darisch zusammenstehen für die, die täglich Mut aufbringen müssen, um sichtbar zu sein. Begleitend zum CSD gibt es eine „church queer presence“ vor der Hauptkirche St. Petri mit der Möglichkeit, sich von Pastoren und Pastorinnen segnen zu lassen. Am

Sonntag vorher, den 26. Juli um 18 Uhr findet ein CSD-Gottesdienst in der Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde statt und am 2. August um 11 Uhr in der St. Pauli Kirche.

Weitere Informationen auf www.kirche-hamburg.de/

Zum Mitlaufen



Ansgarpilgerweg vom St. Marien-Dom bis zur Brooksbrücke

Vorbei an den verschiedenen Darstellungen des Heiligen Ansgar verbindet dieser kleine Pilgerweg das Leben und Wirken des Apostels des Nordens mit unserem Leben in der heutigen Zeit. Das Erzbistum Hamburg feiert in diesem Jahr das Ansgarjahr, denn vor 1200 Jahren startete der Hl. Ansgar seine Mission nach Skandinavien. Der „Apostel des Nordens“ gilt als Gründer des Erzbistums Hamburg. Der Weg dauert etwa drei Stunden. Bitte an dem Wetter angepasste Kleidung und Getränke für den Weg denken.

Start: Sonntag, 19. Juli um 16 Uhr an der Ansgarstatue vor dem St. Marien-Dom (Am Mariendom). Leitung: Alexandra Avermidding, Gemeindeforferin Pfarrei St. Ansgar.

Zum Mitdiskutieren

„Wahrheit und Demokratie“ in der Katholischen Akademie

Wie kann Demokratie gelingen, wenn Wahrheit und Fakten zunehmend infrage gestellt werden? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Veranstaltung „Wahrheit und Demokratie“ am 10. September um 8.30 Uhr in der Katholischen Akademie Hamburg. Referent Prof. Julian Nida-Rümelin, ehemaliger Kulturstaatsminister, diskutiert gemeinsam mit Oberstufenschülerinnen und -schülern über die Bedeutung von Wahrheit für eine demokratische Gesellschaft. Die Veranstaltung richtet sich an Oberstufenkurse der Fächer PGW, Philosophie, Ethik und Religion und findet in Kooperation mit der Alfred-Toepfer-Stiftung F.V.S. und der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg statt.

Katholische Akademie Hamburg, Herrengraben 4, 20459 Hamburg. Kontakt für interessierte Lehrer: Veronika Schlör, E-Mail: schloer@kahn.de oder Tel: 040 36952-122).

Zum Genießen

Hamburger Orgelsommer in sechs Kirchen

Vom 5. Juli bis zum 13. September wird der jährliche Hamburger Orgelsommer als gemeinsame Veranstaltungsreihe von den fünf evangelischen Hauptkirchen und dem katholischen St. Marien-Dom ausgerichtet und präsentiert Hamburg als Orgelstadt. Das Programm ist breit gefächert, von Barock über Romantik bis hin zu zeitgenössischen Werken und Improvisation ist im umfangreichen Veranstaltungskalender für jeden etwas dabei.

Das Programm gibt es unter www.orgelstadt-hamburg.de/ hamburger-orgelsommer/

Zum Lesen

Buch „Kirche gegen den Hass“ gibt Argumentationshilfen

Gemeinden sind wichtige Orte, um dem zunehmenden Rechtsruck in Gesellschaft, Kirche und Theologie entgegenzutreten. Das neu erschienene Praxisbuch „Kirche gegen den Hass“ liefert inhaltliche Argumentationshilfen und praktische Beispiele, damit Gemeinden zu Orten des aktiven Widerstands gegen menschenfeindliche Positionen und Parolen werden können. Mit Beiträgen von (u.a.): Thorsten Dietz, Bischöfin Kirsten Fehrs, Bischof Heiner Wilmer SCJ, Stephan Loos, Andreas Malessa, Lukas Pelio, Sr. Nicole Grochowina

„Kirche gegen den Hass - Mit dem alltäglichen Rechtsextremismus umgehen“. Hrsg. Bettina Schlauraff und Sönke Lorberg-Fehring, Neukirchener Verlagsgesellschaft, 24 Euro.

Zum Zuhören

Sommerserenade der Poppenbüttler Kirchenmusik

Sommerluft, Kirchenschiff, viele Stimmen – und ein Bläserchor, der bei schönem Wetter schon auf dem Vorplatz beginnt: Die Ev.-Luth. Kirchengemeinde Poppenbüttel lädt am 28. Juni ab 16 Uhr zur Sommerserenade in der Marktkirche (Poppenbüttler Markt 2) ein. Kantor Matthias Berges führt durch ein Programm voller Kontraste: vom Kinderchor bis zur großen Kantorei, von Klassik bis Gospel und Pop. Wer beim Zuhören Lust bekommt, selbst mitzusingen oder mitzuspielen, findet hier vielleicht den Einstieg in eine der vielen Musikgruppen der Gemeinde. Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

Weitere Informationen: www.kirche-poppenbuettel.de





Die Schulsenatorin Ksenija Bekeris hat früher in der Michel-Kita in der Sprachförderung gearbeitet.



Michael Rauhe / FUNKE Foto Services

Schulsenatorin: „Gott hält eine schützende Hand über uns“

Ksenija Bekeris glaubt an eine höhere Kraft – besonders in schwierigen Momenten ihres Amtes gibt ihr dieser Glaube Halt und Stärke.

Sabine Tesche

Der Raum auf der Empore des Michels ist eher unscheinbar, wäre da nicht der wunderschöne Blick durch die großen Fenster auf den barocken Altarbereich der Kirche. „Hier haben wir mit der Michel-Kita immer die Kindergottesdienste gehalten“, sagt Ksenija Bekeris. Es ist der Grund, warum sich die Bildungs- und Familien senatorin diese Kirche für die Begegnung ausgesucht hat. Acht Jahre, von 2007 bis 2015, hat sie gemeinsam mit der Kita-Leitung das Sprachförderkonzept entwickelt und Kinder in ihrer Sprachentwicklung unterstützt. Bekeris denkt gern an diese Zeit zurück, an die enge Verbindung zur Michel-Pastorin Julia Atze, „die den Glauben und alles, was Kirche ausmacht, den Kindern nähergebracht hat“.

Ksenija Bekeris selbst wurde von drei Frauen in ihrem Glauben an Gott geprägt: Von ihrer Urgroßmutter, Großmutter und Mutter, die an Engel glaubten, sinnbildlich dafür, dass „Gott eine schützende Hand über uns hält“. Nur so war der Kummer erträglich für die beiden älteren Frauen. „Meine Urgroßmutter hatte ihren Sohn im Krieg verloren, und ihn an einem guten Ort aufgehoben zu wissen, war sehr tröstlich für sie.“ Auch sie empfinde es als beruhigend „zu wissen, dass es auch noch etwas

anderes gibt als das Weltliche, das uns hier umgibt“. Doch ihr Glaube bedeute für sie nicht, dass man sich immer darauf verlassen könne, dass Gott schon alles richten werde, sondern es gebe durch Krisen im Leben oder bei der Arbeit immer auch Herausforderungen – „aber die sind nie ohne Sinn“.

Kirchgänge spielten jedoch keine Rolle in der Familie, die in dem 800-Seelen-Ort Kattendorf bei Kaltenkirchen lebte. Ksenija Bekeris war das Nesthäkchen der Familie, der Bruder und die Schwester waren um etliche Jahre älter. „Ich bin mit viel Natur um mich herum, großen Freiheiten und dennoch sehr behütet und geborgen aufgewachsen“, erinnert sich die 48-Jährige. Die Mutter war zu Hause, der Vater Direktor einer Hauptschule in Kaltenkirchen.

Schon früh übernahm sie in der Schülervertretung Verantwortung, spielte gern Theater und liebte die Schule, auch wenn in ihren Zeugnissen oft stand: „Ksenija schöpft ihr Potenzial nicht voll aus“. „Das wollte ich auch gar nicht“, sagt sie lachend. Zumindest reichte die Abiturnote, um Medizin in Hamburg zu studieren – nach vier Semestern brach sie das Studium ab. „Kinderärztin zu werden war immer mein Traumberuf. Doch zu meiner Zeit waren die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern schlimm und die Konkurrenz unter den Studierenden abschreckend groß.“

Das Studium in den USA hat sie zur Politik gebracht

Also bewarb sie sich für ein Stipendium in den USA und ging an ein christlich-konservatives College in Michigan. „Was ich dort an evangelikalem Glauben und Kreationismus kennengelernt habe, war haarsträubend und hat mich vollkommen überfordert“, gibt Bekeris zu. Im Hauptfach studierte sie Biologie, im Nebenfach Soziologie. Sie habe dort erschreckenden

Rassismus von weißen gegenüber schwarzen Menschen erlebt und die harte Trennung von Arm und Reich. Das habe sie dazu gebracht, zu sagen: „In so einer Gesellschaft möchte ich nicht leben. Und diese Erkenntnis hat mich sehr politisiert.“ Ein demokratischer Soziologieprofessor erklärte ihr, wie Gruppen funktionieren. „Und welchen Einfluss Gruppen auf all das haben, was mich auch ausmacht. Daraus habe ich zum einen den Wunsch abgeleitet, mich selbst politisch engagieren zu wollen, und zum anderen, das auch verstehen zu wollen – und beides miteinander zu verbinden.“

So hat Bekeris erneut die Richtung gewechselt und in Hamburg Soziologie, Politik, Psychologie und Erziehungswissenschaften studiert. Ihr Schwerpunkt in der Diplomarbeit war Kinderarmut und Generationsgerechtigkeit; aber auch mit abweichendem Verhalten hat sie sich in der Soziologie intensiv befasst.

2002 trat Ksenija Bekeris in die SPD ein. Das Motiv: „Weil es ganz klar im Grundsatzprogramm und in der DNA der SPD verankert ist, für eine Gesellschaft einzustehen, die Aufstieg und Chancengerechtigkeit ermöglicht“, sagt die Politikerin mit Leidenschaft. Sie stehe ganz klar für ein Unterstützungssystem und einen starken Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Nach den Erfahrungen in den USA, wo eher das Prinzip „Jeder ist seines Glückes Schmied“ vorherrscht, sah Bekeris in der SPD sofort ihre politische Heimat.

In der Michel-Kita war Bekeris in der Sprachförderung tätig

Ganz klassisch hat sie sich in der Partei von unten nach oben vorgearbeitet. „Ich bin in Barmbek-Mitte eingetreten und habe schnell Verantwortung auf unserer kleinsten Organisationsebene, den Distrikten, übernommen. Ich bin

dann stellvertretende Vorsitzende dort geworden und war sehr lange Vorsitzende in unserem Distrikt“, erinnert sie sich. Dann war sie auf Kreisebene engagiert, bis sie 2008 in die Bürgerschaft gewählt wurde.

Beruflich war sie von 2006 bis 2013 in der Sprachförderung – unter anderem in der Michel-Kita – tätig. Bis sie von dem damaligen Geschäftsführer des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) und späteren Staatsrats Rainer Schulz gefragt wurde, ob sie sich vorstellen könne, Berufsschullehrerin zu werden. „Sie brauchten damals dringend Lehrkräfte, die Erzieherinnen und Erzieher ausbilden.“ Sie hatte eigentlich nie vorgehabt, in die Fußstapfen ihres Vaters zu treten.

Bürgerschaft und Lehrerdasein brachten viel Abwechslung

Aber da sie von Natur aus neugierig sei, habe sie sich nach einer Woche Hospitation in der Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik in der Wagnerstraße für einen Quereinstieg ins Referendariat entschieden. „Ich habe gemerkt, dass mir das unglaublich viel Freude macht, Verantwortung im Klassenraum zu übernehmen und junge Menschen darin zu begleiten, ihren Weg zu finden. Ich habe hauptsächlich sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten ausgebildet, die in der Regel zwischen 16 und 18 Jahre alt sind“, sagt die Senatorin für Schule, Familie und Berufsbildung.

Sie sei glücklich mit diesem Beruf gewesen. Gleichzeitig genoss sie ihr politisches Engagement in der Bürgerschaft. „Die Abwechslung machte mir viel Spaß. Ich habe aber auch die Erfahrung gemacht, dass beides immer unglaublich wertgeschätzt war. Meine Schule fand es toll, dass ich mich politisch engagiert habe, und hat das auch genutzt, um viel aus

der Politik zu erfahren. Umgekehrt habe ich in der Bürgerschaft erfahren, dass es als Gewinn angesehen wurde, viel aus der Praxis einzubringen.“

2011 wurde Bekeris sozialpolitische Sprecherin und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Es lag nahe, dass sie auch für einen Senatorinnenposten infrage kam. „Man arbeitet nicht darauf hin, denn das kann man weder planen, noch ist es vorgezeichnet. Trotzdem ist es etwas, in das man hineinwachsen kann. Als ich dann gefragt wurde, ob ich mir vorstellen könnte, in den Senat zu wechseln, lag das schon im Bereich meiner Vorstellungskraft“, sagt Bekeris. Es wurde dann das Ressort für Schule und Berufsbildung. Der langjährige Senator Ties Rabe hörte im Januar 2024 aus gesundheitlichen Gründen auf, und als Bürgermeister Peter Tschentscher ihr das Amt antrug, benötigte sie etwas Bedenkzeit.

„Ich habe reifen lassen, wie ich die Rolle ausfüllen kann, nachdem Ties Rabe ein sehr präsender und starker Schulsenator war“, sagt Ksenija Bekeris. Denn sie bezeichnet sich selbst eher als zurückhaltende Person – eine, die erst beobachtet und dann spricht – und die weitaus weniger Sendungsbewusstsein hat als viele andere Senatorinnen und Senatoren im Hamburger Senat.

Doch eine zusätzliche Aufgabe war ihr ein besonderes Anliegen: Neben den Schulen und der beruflichen Bildung wollte sie auch die Familien in Hamburg übernehmen. Ihr ging es dabei vor allem darum, dass das Aufwachsen und die Bildung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt sowie die damit verbundenen Übergänge möglichst aus einer Hand begleitet werden – „weil ich davon überzeugt bin, dass das sinnvoll und richtig ist“. Bei schwierigen Ent-

scheidungen oder wenn sie Rückhalt benötigt, findet sie diesen auch in ihrem Glauben.

Gleich zu Anfang kam auch Bischöfin Kirsten Fehrs zu Besuch

Auch in ihrer Arbeit als Senatorin kommt Ksenija Bekeris mit Menschen in Kontakt, die sich über die Kirche engagieren. So legte sie Wert darauf, die Bischöfin Kirsten Fehrs frühzeitig einzuladen und freut sich über den alljährlichen Besuch der Sternsinger in der Bildungs- und Familienbehörde: „Die Sternsinger bringen jedes Jahr eine besondere Atmosphäre mit und erinnern daran, wie wichtig Zusammenhalt und soziales Engagement sind“, sagt sie.

Mit ihrem sieben Jahre alten Sohn spreche sie auch über ihren Glauben. Und sie findet es gut, dass er in der Schule den „Religionsunterricht für Alle“ erlebt. Denn dieses Konzept zeige, wie vielfältig und offen Hamburg sei. „Wir gehen einen sehr anderen Weg als die meisten anderen Bundesländer, die noch den konfessionellen Unterricht haben. Ich glaube, dass unser Konzept etwas ist, das die Kinder und Jugendlichen stark macht und das Verständnis füreinander fördert, indem sie von anderen Religionen erfahren, aber auch aus nicht-religiösen Standpunkten und unterschiedlichen kulturellen und religiösen Prägungen heraus diskutieren und lernen.“

Vielleicht ist das auch ein Grund, warum sie ihren Sohn nicht taufen lassen. Er soll später selbst einmal entscheiden, ob er das möchte. „Doch mein Sohn ist ein unglaublich neugieriges Kind – er will jetzt schon viel über Gott wissen.“ Und diese Neugierde hat er offenbar von seiner Mutter geerbt, deren erster Blick im Michel ja auch in den Raum ging, wo sie früher die Kindergottesdienste erlebt hat.



Einfach mal an einem Sonntag die Seele baumeln lassen im Hamburger Stadtpark.

Pressebild.de/Bertold Fabricius

Warum der Sonntag mehr ist als nur ein freier Tag

Nicht Pflicht, sondern Schutz: Ein freigehaltener Tag entlastet den Kopf und ordnet das Leben neu. Er lässt Raum für Ruhe und Beziehungen.

Julian Sengelmann

Was wäre, wenn man einen Tag wirklich freilässt? Nicht gegenwärtig, wenn ausnahmsweise mal nichts anliegt. Sondern strukturell, verlässlich, jede Woche.

Gott hat das gemacht. Am siebten Tag hat er aufgehört – und dann steht da dieser bemerkenswerte Satz: „Und siehe, es war sehr gut.“ Nicht nach dem sechsten Tag, an dem der Mensch erschaffen wurde. Nach dem siebten. Nach der Pause. Als ob die Schöpfung erst dann fertig gewesen ist.

Dass wir den Sonntag als Ruhetag durchsetzen konnten, war eine komplizierte Geschichte – nur um ihn jetzt langsam wieder abzuschaffen. Heute ist er der umkämpfteste Tag der Woche: Ladenöffnung, Lieferdienste, Sonntagsarbeit. Was mal heilig war, ist Verhandlungssache. Dabei ist er so wichtig. Wieso haben wir das vergessen? Eine Spurensuche.

Arbeit und Freizeit fließen ineinander

Mein Vater hasste es, wenn früher erst meine Freunde und dann irgendwann die ersten jungen Damen spät noch auf unserem Festnetztelefon anriefen. Er sagte dann gerne mit einer Mischung aus Unverständnis und Vorwurf: „Wer

ruft denn jetzt noch an? Zu dieser Unzeit?!“ Ich war als Teenager jedes Mal unglaublich peinlich berührt. Natürlich. Obwohl er eigentlich recht hatte. Es gab eine Zeit für Anrufe. Und eine für Feierabend.

Das klingt simpel. Ist es aber nicht mehr. Wir leben – und das ist keine Klage, nur eine Beobachtung – in einer Unzeit. In einer Zeit, in der es keine Zeit mehr gibt, in der etwas nicht an der Zeit wäre. Was es früher nur gelegentlich gab, ist heute immer verfügbar. Klare Zeitstrukturen? Abgelöst. Arbeit und Freizeit fließen ineinander, und die Dauerschleifendebatte darüber, wann man abends die Mails nicht mehr checken soll, darf oder muss, verrät nur, dass wir den Feierabend, der meinem Vater so heilig war, längst verloren haben.

Dabei haben wir dieses Gespür eigentlich noch. Wir nennen es Zeitgefühl – ein Wort, das im alltäglichen Gebrauch an Schärfe verloren hat, dabei aber ganz prägnant ist. Wir sind rhythmisierte Lebewesen. Unser Körper kennt Ebbe und Flut, Schlaf und Wachen, Anspannung und Lösung. Ursprünglich hat uns der Rhythmus der Natur getaktet – Jahreszeiten, Licht, Ernte. Die Stadt hat diesen Takt überschrieben. Hier brennt immer Licht. Hier gibt es immer Lärm. Hier ist immer geöffnet. Und je mehr wir uns daran gewöhnt haben, desto schwerer fällt es uns, überhaupt noch zu spüren, wann eigentlich Pause wäre.

Der Versuch, einen Tag in der Woche freizuhalten

Was ist eigentlich wirklich gerade dran? In Zeiten überbordender Informationen, endloser Möglichkeiten, unzähliger Heilsversprechen. Wir sind so getrieben von der Angst, etwas zu verpassen, dass wir gar nicht hinterherkommen können. Atemlos schauen wir auf

die perfekt inszenierten Leben der anderen in den sozialen Netzwerken – staunend, ein bisschen neidisch und vor allem mit dem schlechten Gewissen, dass man ja auch mal wieder mehr von alledem machen müsste.

Gegen dieses Getriebensein hat mein Freund und Doktorvater Hans-Martin Gutmann damals ein sehr einfaches Experiment gemacht. Kein Retreat. Keine App. Er hat versucht, sich einen Tag in der Woche freizuhalten. Den Samstag. Und damit – ob er es so nannte oder nicht – den Schabbat. Jenen Ruhetag, den Jüdinnen und Juden seit Jahrtausenden wortwörtlich heiligen. Den wir Christen irgendwann auf den Sonntag verschoben haben.

Das ist übrigens kein Nebensatz. Schabbat und Sonntag sind nicht dasselbe. Der Schabbat ist der siebte Tag der Woche – der Sonnabend. Biblischen Ursprungs, Teil des Bundes zwischen dem jüdischen Volk und Gott, in den Zehn Geboten verankert, von Freitagabend bis Samstagabend gehalten. Strukturell verbindlich. Heilig. Der Sonntag hat eine andere Begründung: Er ist der Tag der Auferstehung Jesu. Die frühen Christen – zunächst selbst Juden – feierten den Schabbat und kamen zusätzlich am ersten Wochentag zusammen. Aus dem „zusätzlich“ wurde mit der Zeit ein „stattdessen“. Was dabei verloren ging: die Verbindlichkeit. Der Schabbat ist im Ju-



Der Neue Wall an einem Sonntag - die Geschäfte sind zu, die Innenstadt leer. Marcelo Hernandez

dentum ein konkretes Arbeitsverbot. Der Sonntag ist das nie in gleicher Weise geworden. Und genau deshalb ist er heute der umkämpfteste Tag im Streit um Ladenöffnung, Lieferverkehr und Arbeitspflicht.

Jede Rigidität vermeiden, aber dennoch konsequent sein

Ich habe meinen Freund zu seiner Schabbat-Entscheidung befragt, wie er darauf kam. Er war Ende der Neunzigerjahre Professor in Paderborn. Dort nahm er an einem Kursus teil, der den pragmatischen Titel trug: „Religion als Handwerk“. Neben Gebeten, die alle drei Stunden gemeinsam gehalten wurden, und spirituellen Atemübungen ging es vor allem darum, eigene, für sich selbst stimmige Formen des Glaubens zu finden. Seine: den Schabbat halten. Oder genauer: den Samstag von Arbeit freihalten.

Nicht strikt. Das betont er ausdrücklich. „Zu den evangelischen Grundregeln des Lebens gehört für mich, jede Rigidität zu vermeiden.“ Also konnte es durchaus mal vorkommen, dass er Klavier nicht nur spielte, sondern übte. Dass eine Mail beantwortet wurde. Kleinigkeiten. Aber der Rahmen blieb. „Das hat mich doch sehr befreit“, erzählte er.

Heute hat er einen Garten. Und der Schabbat sieht jetzt so aus: Er nimmt die Spitzhacke, holt Unkraut raus, organisiert, was er „Migrationsprojekte“ nennt – Verpflanzungen von einer Ecke in die andere. Den ganzen Tag. Und dabei macht er sich ausschließlich Gedanken über das, was er gerade vor sich hat. „Der Kopf ist wirklich leer. Und das ist unheimlich befreiend.“

Kein Gebet. Kein Programm. Nur Erde.

Was mein Freund dadurch gelernt



Das Schabbat-Mal an einem Sonnabend ist ein jüdisches Ritual, an diesem Tag ruht die Arbeit.

monkeybusinessimages / Getty Images / iStockphoto

hat – nämlich dass der Schabbat nicht Pflicht ist, sondern Schutz –, ist keine neue Erkenntnis. Im Gegenteil, es ist eine sehr alte. Und sie stammt von jemandem, der selbst Jude war und den Schabbat nur zu gut kannte: „Der Schabbat ist für den Menschen gemacht, nicht der Mensch für den Schabbat“, sagt Jesus im Markusevangelium. Er sagt das in einer ganz konkreten Konfliktsituation: Seine Jüngerinnen und Jünger pflücken am Sabbat Ähren – sie brechen eine vermeintlich heilige Regel. Die Pharisäer protestieren. Die Antwort Jesu ist keine Abschaffung, sondern eine Richtigestellung: Ruhe ist kein religiöses Leistungsmerkmal, sondern Schutzarchitektur. Menschenrecht, nicht Pflicht. Das gilt für Samstag wie Sonntag.

Buch Kohelet: Alles hat seine Zeit

Wenn Ruhe eine Schutzarchitektur ist – keine Belohnung für gute Leistung, kein spirituelles Bonusfeature –, dann hat das Konsequenzen. Dann hat alles seine Zeit. Auch das Innehalten.

In der Bibel heißt diese Feststellung im Buch Kohelet ganz einfach: „Alles hat seine Zeit.“ Und dann geht es weiter in dieser schönen alten Bibelsprache, die bei so vielen Menschen sofort ein Gefühl von Fremdheit und Verstaubtheit

auslöst, dabei aber oft ganz wunderbar poetisch Weisheiten auf-tischt:

„Ein jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde: geboren werden hat seine Zeit, sterben hat seine Zeit; pflanzen hat seine Zeit, ausreifen, was gepflanzt ist, hat seine Zeit; töten hat seine Zeit, heilen hat seine Zeit; abbrechen hat seine Zeit, bauen hat seine Zeit; weinen hat seine Zeit, lachen hat seine Zeit; klagen hat seine Zeit, tanzen hat seine Zeit; Steine wegwerfen hat seine Zeit, Steine sammeln hat seine Zeit; Herzen hat seine Zeit, aufhören zu Herzen hat seine Zeit; suchen hat seine Zeit, verlieren hat seine Zeit; behalten hat seine Zeit, wegwerfen hat seine Zeit; zerreißen hat seine Zeit, zunähen hat seine Zeit; schweigen hat seine Zeit, reden hat seine Zeit; lieben hat seine Zeit, hassen hat seine Zeit; Streit hat seine Zeit, Friede hat seine Zeit.“

Alles hat seine Zeit.

„Friede hat seine Zeit.“ Das ist kein frommer Wunsch. Das ist eine Zusage. Und vielleicht auch eine Zumutung: dass man dem Frieden überhaupt einen Zeitraum geben muss. Dass er nicht von selbst entsteht, zwischen zwei Terminen. Sondern dass man ihn einplant. Schützt. Freilässt.

Ob man das nun „Schabbat“ nennt, „Sonntag“ – oder einfach: den Tag, an dem der Kopf leer wird.

Was würde sich eigentlich verändern, wenn man das ernst nähme? Nicht als frommen Vorsatz, nicht als Wellnesswochenende. Sondern als Entscheidung: Dieser Tag gehört nicht der Produktion. Nicht dem Optimieren. Nicht dem schlechten Gewissen. Vielleicht ist das die eigentliche Frage hinter dem Sonntag – und hinter dem Schabbat. Nicht: Darf ich heute arbeiten? Sondern: Wem gehört meine Zeit?